

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DREI SÄULEN, KEIN STEUERMANN: WAS LAGARDES WEF-BOTSCHAFT VERSCHWEIGT

Ada Voss · 29. August · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Genf, 19. August 2026. Eine Bühne, auf der die Mächtigen der Welt ihre Sorgen wegreden. Christine Lagarde, Chefin der Europäischen Zentralbank, steht am Rednerpult des International Business Council des World Economic Forum und zählt drei Säulen auf, die Europas Nachkriegs-Wachstumsmodell trugen. Sie spricht im Tonfall der Pathologin, die eine interessante Läsion am offenen Herzen beschreibt — sachlich, gemessen, ohne die Hand zu zittern.

Erste Säule: expandierender globaler Handel. Zweite: mittlere Technologiefertigung, gestützt auf billige Energie. Dritte: eine stabile, regelbasierte Weltordnung, unterfüttert vom amerikanischen Sicherheitsschirm. Heute, sagt Lagarde, schwächen sich alle drei.

Ich übersetze das für die Setzerei, weil ich

weiß, dass meine Kollegen in der Redaktion nicht alle Drähte hören: Sie sagt uns, das Haus brennt. Aber sie sagt es wie das Wetter.

Draußen — in der Welt, die der Foreign Policy-Quiz dieser Woche wie ein Seismograf dokumentiert — sieht es nämlich so aus: Der amerikanische Präsident nennt Nordkoreas Diktator Kim Jong Un „magnificent“. Die USA und Iran verpassten am Montag ihre 60-Tage-Frist für ein Atomabkommen. Das Vereinigte Königreich ließ sich am Dienstag von der russischen Botschaft in London bedrohen — wegen Langstrecken-Marschflugkörpern für die Ukraine — und kündigte trotzdem weitere Hilfe an.

Quelle A zeichnet eine Welt, die aus den Fugen kippt. Quelle B — Lagarde selbst — zeichnet eine Welt, die sich mit den richtigen Verträgen wieder zurechtrücken lässt. Der Widerspruch ist nicht akademisch. Er ist die Diagnose.

Was Lagarde nicht ausspricht, obwohl sie

IN DIESER AUSGABE

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Die Ölrechnung hat viele Adressen

POLITIK & MACHT

Der Schalter und das Schweigen

KRISEN & KONFLIKTE

Wolhyniens langer Schatten über Kiews neuem Pantheon

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Kanadas leise Übernahme: Wer fischt hier im trüben Wasser der US-Forschung?

MIGRATION & ASYL

Petros Bürgerkrieg: Warum ausgerechnet Avicii?

POLITIK & MACHT

Hände schütteln im Kreml. Das Kriegszimmer hebt ab

KRISEN & KONFLIKTE

FEIERSTUNDE IN KIEW, MONTAGEBAND FÜR

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

KUGELN IN SANTA CRUZ, ÖL IN CARACAS — WIE DIE DONROE-

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Die siebzehn Felder, die niemand besitzen darf

ENERGIE & KLIMA

Im Schatten der Chips: Wer den KI-Hunger Indiens bezahlen muss

MIGRATION & ASYL

200.000 Stempel fallen — und kein Gesetz, das sie trägt

es könnte: Die dritte Säule ist in dem Moment tot, in dem Washington den Diktatoren huldigt und Verbündete wie Südkorea öffentlich abkanzelt. Was sie nicht ausspricht: dass die Aufrüstung, über die EZB-Vorstandsmitglied Philip R. Lane in

diesem Sommer sprach — Verteidigungsausgaben als Konjunkturfaktor verkleidet — keine Wachstumsstrategie ist, sondern die Quittung für eine Welt, in der „Abschreckung“ wieder ein Wort aus dem Lexikon der Zwischenkriegszeit ist. Ich kenne diese Frequenz. Ich höre, wenn jemand leise redet, weil lautes Reden Folgen hätte. Besonders für eine Frau, die in einer Redaktion sitzt, die sie angeblich nicht hätte betreten sollen.

Eine Woche nach dieser Genfer Rede dann die Meldung aus Zürich, die alles in anderes Licht rückt: Lagarde könnte im Laufe des Jahres 2027 die Präsidentschaft des Weltwirtschaftsforums übernehmen. Die Neue Zürcher Zeitung berichtet, der Spiegel bestätigt, Lagarde selbst bedankt sich artig für das Vertrauen — und sagt gleichzeitig, sie wolle ihre Amtszeit bei der EZB zu Ende führen. Beides zugleich. Ihre achtjährige Amtszeit endet Ende Oktober 2027. Das WEF wird derzeit von André Hoffmann und Larry Fink geführt, nachdem Gründer Klaus Schwab nach den Epstein-Enthüllungen zurücktrat.

Eine Notenbankchefin, deren Haus drei Säulen verliert, hält eine beruhigende Rede, während der Kontinent auf geopolitische Achterbahnfahrten reagiert — von Trump bis Russland. Dieselbe Frau wird zeitgleich als ChefIn jenes Forums gehandelt, das genau jene Mächte versammelt, die das von ihr beschworene System längst ad acta gelegt haben. Das ist kein Zufall. Das ist ein geordneter Übergang.

Bleiben wir bei den Zahlen, die Lagarde selbst nennt — denn in denen steckt das eigentlich Beunruhigende. Letztes Jahr wurden weltweit mehr als 2.500 Handelsbeschränkungen implementiert. China konkurriert inzwischen in fast 40 Prozent der Sektoren direkt mit dem Euroraum, in denen wir komparative Vorteile hatten — Anfang der 2000er waren es 25 Prozent. EU-Strompreise für energieintensive Industrien: mehr als doppelt so hoch wie in den USA, rund 50 Prozent über China. Wer in dieser Konstellation noch Lithographie und Präzisionsoptik als Trumpfkarte ausspielt, hat nicht mitgerechnet — Lithographie verschlingt Strom, und Strom kostet hier das Doppelte.

Lane hat die Konsequenz benannt, als er die steigenden Verteidigungsausgaben dis-

kutierte: Kapital wird als unsicherer wahrgenommen, Firmen investieren weniger, das drückt Produktion und Konsum. Was Lagarde als „Resilienz“-Debatte verpackt, ist in Wahrheit eine Vertrauenskrise. Vertrauen lässt sich nicht durch Handelsabkommen mit Indonesien oder Mercosur zurückkaufen. Und Tech-Strategie lässt sich nicht bauen, wenn die Energiekosten die Halbleiterfertigung auffressen, bevor der erste Wafer die Anlage verlässt.

Die offenen Fragen, die niemand stellt: Wer entscheidet eigentlich über Europas industrielle Zukunft, wenn die EZB eine Abschiedsrede hält? Wer kontrolliert die Liquidität, wenn der Kontinent tanzt? Wer zahlt den Preis — die Industriearbeiter, deren Werke gerade stillstehen, die Präzisionsoptik-Facharbeiter, deren Aufträge wegbrechen, die Lithographie-Ingenieure, deren Stromrechnung explodiert, während Lagarde in Genf sagt, man habe ja noch die 35 Prozent STEM-Absolventen in Deutschland?

Ich schreibe das nicht, weil ich den Optimismus bestrafen will. Ich schreibe das, weil ich höre, wenn jemand leise verschweigt, was laut gesagt werden müsste. Die Drähte summen. Lagarde hört sie auch. Aber sie spricht sie nicht an.

Unklar bleibt, wer die Nachfolgefrage bei der EZB wirklich stellt, wenn Lagarde 2027 abtritt — und ob dann ein Banker kommt, der den Ernst der Lage ausspricht, oder eine weitere Stimme, die weiter drei Säulen zählt, während das Gebäude längst schief steht.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260829_1251_02960.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Die Ölrechnung hat viele Adressen

Ezra Wolff · 26. August · Dossier



Man muss den Meldungen nur folgen, dorthin, wo Namen aufhören und Routen beginnen. Am 24. August 2026 setzte Washington die in Singapur ansässige Wellbred Capital Pte. Ltd. auf die Sanktionsliste des US-Finanzministeriums. Auch die Dubai-Firma Wellbred Trading FZCO, die Genfer Wellbred Trading SA und die französische Biokraftstoff-Raffinerie La Nivernaise de Raffinage SAS wurden erfasst. OFAC nennt Verbindungen zu Mohammad Hossein Shamkhani, einem iranischen Öltransport-Magnaten. Fast 60 Unternehmen, Personen und Schiffe sollen betroffen sein.

OFAC sagt, Shamkhani habe Wellbred außerhalb des iranischen Geschäftsnetzes aufgebaut, trage aber letztlich die Verantwortung für die Geschäfte. Derselbe Mann hält die Fäden: Eigentum wird zum Druckmittel. Mohammad Hossein ist der Sohn des verstorbenen hochrangigen iranischen Sicherheitsbeamten Ali Shamkhani. Nach OFAC kontrolliert er eine gewaltige Flotte von Tankern und Containerschiffen. Bereits im Juli 2025 und im April 2026 waren Teile des Netzes sanktioniert worden.

Das Netz transportiert laut OFAC Öl und Erdölprodukte aus Iran und Russland sowie weitere Fracht weltweit; die Gewinne liefen in die Zehnermilliarden. Wellbred handelt nach eigener Darstellung mit Öl, Naphtha, Petrochemikalien und Flüssiggas, mit Büros in den Emiraten, der Schweiz, Saudi-Arabien und Nigeria. Die Bücher sind nicht ausgeglichen. Das war nie ein Versehen.

Washington nennt die Kampagne Operation Economic Outcast. Finanzminister Scott Bessent spricht von einem beispiellosen Versuch, Irans sämtliche Einnahmequellen abzuschneiden. Länder sollten ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Teheran kappen, sonst drohe Vergeltung. Damit wächst das Risiko sekundärer Sanktionen für Staaten, Unternehmen und Organisationen. Secondary klingt höflich. Für eine Firma: Der erste Staat schreibt die Regel,

der zweite bekommt die Rechnung.

Hier trifft US-Sanktionspolitik auf internationales Handelsrecht. Eine OFAC-Liste ist kein Welturteil, sondern eine US-Maßnahme mit wirtschaftlicher Reichweite über ihre Grenzen hinaus. Die Berichte nennen kein Gerichtsurteil, keine WTO-Entscheidung und keine völkerrechtliche Grundlage, die jeden Vertrag einheitlich verbietet. Offen bleibt die Rechtsbrücke für Geschäfte in Indien, Singapur, Dubai oder Genf. US-Zahlungs-, Versicherungs- oder Abwicklungswege? Die Quellen schweigen. Der Anspruch ist mächtig, die Rechtskette dünn.

Das US-Außenministerium sanktionierte vier indische Firmen: den Zollmakler Portease Partners LLP mit den Partnern Indrismiya Ashrafmiya Sheikh und Harish Ramachandra Rangi, außerdem Sadashiva Overseas Limited, PP Softtech Private Limited mit Direktor Prashant Garg und Prakrutees Infra Impex Private Limited. Portease habe mehrere iranische petrochemische Lieferungen vermittelt. Sadashiva importierte iranische Erdölprodukte für rund 69 Millionen Dollar von mehreren Firmen; PP Softtech und Prakrutees jeweils 25 Millionen. Zusammen sind das rund 119 Millionen Dollar, nicht das Gesamtvolumen des Netzes.

Auf die Liste kamen sie laut US-Darstellung, weil sie wissentlich eine erhebliche Transaktion zum Kauf, Erwerb, Verkauf, Transport oder zur Vermarktung iranischer Erdöl- und Petrochemieprodukte getätigt hätten. Sprecher Tommy Pigott nennt Angriffe auf US-Streitkräfte und Verbündete, illegale Waffenbeschaffung, Cyberangriffe auf amerikanische Infrastruktur und Energieverkäufe zur Finanzierung von Terrorismus weltweit. Anklage, noch kein Beweis.

In den Berichten fehlen Verträge, Zahlungswege, Frachtpapiere und Eigentümerregister. Wellbred reagierte zunächst nicht. Schweigen beweist nichts; Behördenbehauptung beweist ebenfalls nichts. Offen sind Kontrolle, Herkunft der indischen Ware, Russlands und anderer Fracht Anteil sowie die Rechtsbeziehung zu den USA. Der Rial auf Rekordtief zeigt Wirkung, nicht Täterschaft.

Die Struktur bleibt sichtbar: Sitz in Singapur, Häuser in Emiraten und Schweiz, Raffinerie in Frankreich, Käufer und Makler in Indien, Schiffe auf mehreren Meeren. Die Globalisierung verteilt die Kasse auf viele Adressen. Washington verteilt die Drohung auf viele Rechtsordnungen. Wer compliant bleibt, kann weitermachen; wer ausgeschlossen wird, verliert Geschäft. Aus einer Entscheidung über Iran wird eine globale Geschäftsbedingung.

Profitiert haben, so behauptet OFAC, die Akteure des Netzes mit Zehnermilliarden. Washington verkauft die Aktion als Schutz vor Irans finanziellen Lebensadern. Kosten könnten zunächst Firmen, Beschäftigte, Banken, Versicherer und Handelspartner tragen; Unsicherheit trägt, wer außerhalb der US-Reichweite handelt. Nicht belegt ist, wer durch neue Routen zusätzlich verdient. Entscheidend ist die Macht, Zugang und Compliance zu verteilen.

Die Männer in Nadelstreifen nennen es Compliance. An der Straße heißt es: zahlen oder verschwinden. Ob die Vorwürfe stimmen, müssen Belege und ein faires Verfahren zeigen. Ob Washington sie weltweit durchsetzen darf, muss das internationale Handelsrecht beantworten. Bis dahin ist die Sanktion nicht das Ende der Ölgeschichte, sondern der Mechanismus, mit dem politische Interessen ökonomische Freiheit domestizieren. Die Bücher bleiben offen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260826_1728_02872.html

POLITIK & MACHT

Der Schalter und das Schweigen

Vera Kastner · 28. August · Dossier



Manche Drohungen erkennt man nicht an ihrer Lautstärke, sondern an der Art, wie das Licht ausgeht.

Ontario Premier Doug Ford, ein Mann mit dem Lächeln eines Mannes, der weiß,

dass er gleich etwas Unangenehmes sagen wird, erklärte am Montag gegenüber der Associated Press, dass die Vereinigten Staaten sich darauf einstellen sollten, ihren Strom aus Ontario nicht mehr zu bekommen. »You better have batteries«, so formulierte es das Boulevard mit der Eleganz eines Hammers. Ronald Reagan, immerhin, würde sich über die Handelspolitik des aktuellen Präsidenten übergeben. So Ford, in einem Ton zwischen historischer Empörung und sehr konkreter Drohung.

Die Fakten, die in den Redaktionen eintrudelten, sind auf den ersten Blick eindeutig. Auf den zweiten Blick sind sie es nicht.

Die Daily Mail titelt: »Canada threatens to cut off US electricity« — ein nationaler Akt, eine Kriegserklärung im Wirtschaftskrieg. Der Guardian wiederum erzählt eine andere Geschichte: Premierminister Mark Carney habe die Verhandlungen verlassen, nicht weil Strom drohte, sondern weil die USA die französische Sprache in Québec als Handelshindernis behandelten. Zwei Zeitungen, zwei Wahrheiten, ein und dieselbe Krise. Was fehlt, ist das entscheidende Bindeglied: die Stimme der kanadischen Zentralregierung zu Fords Drohung. Spricht Ontario? Spricht Kanada? Oder spricht ein Provinzpolitiker, der seine Wähler bei Laune halten muss und dabei auf die große Bühne krabbelt, während der Premier den Rückzug kultiviert?

Und dann ist da die Washington Times, deren versprochener Artikel über den Ontario Premier — die URL trägt das Datum des 24. August 2026 — beim Klicken Inhalte über eine Transgender-Debatte in der WNBA liefert. Ein toter Link als journalistisches Symptom: Die Maschine, die uns die Wahrheit liefern soll, liefert Unsinn. Was hat man dort zu verbergen? Oder schlicht: was wurde versprochen und nicht eingehalten — wieder einmal, wie damals in Genf, wie immer.

Kritische Mineralien. Das ist das zweite Wort, das in Fords Drohung mitschwingt und in der Berichterstattung beinahe untergeht. Lithium, Kobalt, Nickel — die Rohstoffe, ohne die keine Batterie, kein Chip, kein Elektromotor funktioniert. Ontario sitzt auf diesen Adern. Wer sie abklemmt, klemmt nicht nur Lichter aus, sondern die Zukunft der amerikanischen

Industrie. Hier beginnt die Frage nach den Profiteuren. Ford profitiert sichtbar — innenpolitisch. Trump profitiert möglicherweise von der Eskalation, die seine eigene Basis mobilisiert. Unklar bleibt, wer im Hintergrund die Strippen zieht. Unklar bleibt, ob Carney Fords Drohung deckt, duldet oder ignoriert. Unklar bleibt vor allem, ob die amerikanische Wirtschaft, deren Kollaps manche Auguren seit Monaten prophezeien, tatsächlich am Rand steht — oder ob diese Prophezeiung selbst Teil des Spiels ist.

Denn sehen wir genauer hin: Die USA haben am 27. Februar Operationen begonnen. Iran hat Vergeltung geübt. Die Welt hat zugehört, wie sich ein Konflikt von der anderen Seite des Atlantiks in die amerikanische Innenpolitik fraß. Was damals als außenpolitische Eskalation begann, kehrt nun als innenpolitisches Druckmittel zurück. Die Muster wiederholen sich. Sie wiederholen sich immer.

Fords Drohung ist in diesem Kontext mehr als Provinzpopulismus. Sie ist die Übersetzung geopolitischer Logik in die Sprache der Energieinfrastruktur. Wer den Schalter kontrolliert, kontrolliert die Verhandlung. Wer die Mineralien kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Das wussten schon die Männer, die ich in Genf Verträge unterzeichnen sah, die sie nie halten würden.

Die Frage ist nicht, ob Ford den Stecker zieht. Die Frage ist, warum er es jetzt sagt. Und wer im Hintergrund nickt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A280828_0058_02900.html

KRISEN & KONFLIKTE

Wolhyniens langer Schatten über Kiews neuem Pantheon

Jack Morrison · 26. August · Dossier



Die Schreibmaschine steht kalt. Der Bourbon bleibt zu. Evelyn unten im Café hat aufgehört zu singen, irgendwann zwischen dem fünften und sechsten Telegramm. Draußen trommelt Augustregen, und die Nachrichten riechen wieder nach Pulver und Tinte.

Zwei Meldungen aus derselben Woche. Beide aus Osteuropa. Beide über dasselbe Schlachtfeld – nur dass die Gräben diesmal im Kopf liegen.

Erstens: Wolodymyr Selenskyj hat am Samstag ein Gesetz unterschrieben, das in der Kiewer Höhlenkloster-Lawra ein nationales Pantheon aus der Taufe heben soll. Ein Ort für die Gebeine jener, die das Land als seine Helden beansprucht. Wer diese Helden sein werden, steht nicht im Gesetz.

Zweitens: Am Sonntag trat der polnische Vizeminister Marcin Bosacki vor die Kameras und sagte Kiew ins Gesicht: Wenn ihr Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch in euer Pantheon hebt, wird das mit der Europäischen Union ein „riesiges Problem“. Ein Veto, verpackt als Beitrittswarnung.

Was wie ein Streit über Denkmalpflege aussieht, ist keiner. Es ist ein Erpressungstableau mit drei Figuren, drei Geschichten und einer offenen Rechnung, die bis ins Jahr 1943 reicht.

Die UPA – Ukrainische Aufständische Armee – mordete damals in Wolhynien und Ostgalizien. Rund hunderttausend polnische Zivilisten, mehrheitlich Frauen und Kinder. Ethnische Säuberung, sagt Warschau. Völkermord, sagt Warschau. Kiew weigert sich, das Wort in den Mund zu nehmen. Für viele Ukrainer bleibt die UPA zugleich Befreiungsarmee gegen Moskaus Sowjetherrschaft. Beides stimmt. Beides gleichzeitig. Und genau deshalb brennt es bis heute.

Im Mai benannte Selenskyj eine Militäreinheit nach den „Helden der UPA“. Warschau zog die höchste Auszeichnung zurück, den Orden des Weißen Adlers. Se-

lenskyj antwortete im Juni: Dann bauen wir unser eigenes Pantheon. Niemand diktiert uns unsere Helden. Das Parlament verabschiedete das Gesetz im Juli, die Unterschrift folgte am Vorabend des ukrainischen Unabhängigkeitstags. Timing ist alles in diesem Gewerbe.

Bosackis Drohung wiegt schwer – oder sie wiegt nichts. Das ist die offene Frage, die in Warschau und Brüssel niemand offen ausspricht. Die Ukraine braucht die EU wie die Luft zum Atmen. Ein polnisches Veto im Erweiterungskonsens könnte den Beitritt auf Jahre einfrieren. Auf der anderen Seite hat Warschau den Orden bereits entzogen und damit eine diplomatische Krise riskiert, die Polen selbst teuer zu stehen kommt. Die Mechanik ist eindeutig: Erinnerung ist Munition, und beide Seiten laden nach.

Und dann ist da Radoslaw Sikorski. Sein Vorschlag einer „Europäischen Legion“ – eine stehende Truppe, die „erfahrene Profis aus der europäischen Familie rekrutiert“, einschließlich „kampferprobter ukrainischer Veteranen nach dem Krieg“. Das klingt nach großer Vision. Es klingt auch nach etwas ganz anderem.

Denn derselbe Sikorski hat vor anderthalb Jahren Selenskyjs „Armee Europas“ noch brüsk zurückgewiesen. Heute kommt der gleiche Mann mit einer eigenen Version aus der Hüfte – zwei Monate, nachdem Großbritannien, Frankreich und Deutschland von einer „Koalition der Willigen“ sprachen. Man kann das als späte Einsicht lesen. Man kann es auch als Versuch deuten, die unangenehmen Fragen zu Wolhynien mit großen Worten über eine europäische Zukunftsarmee zu überlagern. Ein Ablenkungsmanöver? Möglich. Belegt ist es nicht. Belegt ist nur, dass Sikorski – Ehemann der Historikerin Anne Applebaum, vernetzt in jeden westlichen Hauptstadtflur – weiß, wann die Bühne wechselt.

Die Struktur hinter dem Vorhang wird sichtbar. Sikorski ist kein Mann der polnischen historischen Rechnungen. Er gehört zum kosmopolitischen Westflügel, der Geschichte als rhetorisches Werkzeug begreift. Sein Vorschlag zielt weniger auf Warschau oder Kiew als auf London, Berlin und Paris. „Wir können nicht jedes Mal Washington anrufen“, sagte er. Subtext: Europa soll zahlen, ausrüsten, schi-

cken. Bitte mit polnischer Beteiligung, versteht sich.

Heikel wird die Rechnung hier: Der konservative Präsident Karol Nawrocki ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Sollte jedoch die liberale Koalitionsregierung über ihren Verteidigungsminister Truppen unter EU-Kommando stellen, bleibt offen, ob Nawrocki das verhindern kann. Eine Verfassungskrise als Nebenwirkung. Genau jene Dynamik, über die in Warschau niemand laut redet.

Was bleibt? Ein Pantheon, das noch leer steht, aber schon Schatten wirft. Ein Veto, das entweder Hebel oder Bluff ist. Eine Legion, die entweder Verteidigungsinitiative oder Nebelvorhang für jene ist, die gerade nicht über hunderttausend tote Polen reden wollen.

Die Quellenlage ist dünn: Notes from Poland, Pravda, ein paar Agenturmeldungen. Ob ein abgestimmtes Narrativ dahinter steht oder drei Wahrheiten, die zufällig in dieselbe Richtung zeigen, lässt sich von hier aus nicht entscheiden. Skepsis bleibt die einzige Tugend, die in diesem Gewerbe noch zählt.

Was am Ende zählt, ist nicht, wer in der Lawra beigelegt wird. Sondern wer das Veto in der Hand hält, wenn es soweit ist. Pantheone sind Friedhöfe. Aber wer die Gräber füllt, schreibt die Zukunft.

Draußen regnet es immer noch. Evelyn ist längst verstummt. Die nächste Wahrheit wartet, und sie wird niemand drucken wollen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260826_0915_02853.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Kanadas leise Übernahme: Wer fischt hier im trüben Wasser der US-Forschung?

Prof. Kessler · 30. August · Dossier

1937. Die Wissenschaft verspricht viel. Ich notiere.

Vierundsechzig Forscher nehmen den Koffer in die Hand. Drei Viertel davon aus den Vereinigten Staaten. Harvard ist darunter. Michigan ist darunter. Die Lächeln

breite Melanie Joly, kanadische Industrieministerin, sagt: „Wir freuen uns sehr.“ So lächelt man, wenn das Netz gerade zugefallen ist.

Fünfhundertvier Millionen kanadische Dollar liegen bereit. Umgerechnet 362 Millionen amerikanische. Ein Schwimmbecken aus Steuergeld, dessen Wassertemperatur ich messen möchte, bevor jemand hineinspringt.

Lassen wir die Inszenierung beiseite — die Pressefotos, die Statements über „fantastische Professoren“, die warmen Worte über intellektuelle Freiheit — und schauen wir auf die Mechanik. Wer hat das bezahlt? Wer hat entschieden, wer bekommt?

Mehrere Dinge stehen in der Akte. Die Trump-Administration friert Forschungsförderungen ein. Begründet wird das mit Vergeudung — „wasteful“, sagen sie. Universitäten werden gleichzeitig der linken Ideologie beschuldigt, der Diversitätspolitik, des Versagens bei angeblichem Campus-Antisemitismus. Ottawa eröffnet parallel ein Rekrutierungsprogramm mit einem halben-Milliarde-Topf. Die Forscher kommen.

Die Universität Michigan, Heimat des Klimaforschers Seth Guikema, verweigert eine Stellungnahme. Merken wir uns diese Stille. Sie sagt mehr als jede Pressemitteilung. Wenn eine Universität einen Forscher verliert, der dort jahrelang gearbeitet hat, und die einzige offizielle Reaktion ist Schweigen, dann ist das Schweigen Teil der Choreografie. Entweder man hat Anweisung. Oder man hat Angst.

Guikema bekommt in London, Ontario, acht Millionen kanadische Dollar über acht Jahre. Er forscht dort über Klimaresilienz — Stürme, Waldbrände. Der Satz, den er der BBC gibt, klingt aufrichtig: „Ich habe ein gutes intellektuelles Zuhause gesucht, wo ich praktische Wirkung haben kann.“ Wer wollte das nicht? Aber daneben steht, unausgesprochen: Sein bisheriges Zuhause hat ihm die Tür zugemacht. Nicht mit einem Knall, sondern mit einer eingefrorenen Förderlinie.

Hier beginnt die Archäologie. Die kanadische Regierung gibt offiziell an, 64 Professoren rekrutiert zu haben, 48 davon aus den USA. Aber: Welche Fächer wurden ausgewählt? Klima, medizinische For-

schung, Resilienz. Alles Bereiche, die in Washington unter politischem Druck stehen. Alles Bereiche, in denen die US-Regierung den Geldhahn zudreht. Ist das Zufall? Ist das Opportunismus? Oder ist das ein koordinierter Sog?

Melanie Joly, gefragt, ob dies als Provokation im Handelskrieg gelesen werden könne, antwortet: „Die US-Administration trifft ihre Entscheidungen, und wir treffen unsere.“ Das ist die diplomatische Maske. Aber darunter liegt ein strategischer Satz. Ottawa positioniert sich. Nicht als Zufluchtsort — als Gegengewicht. In einem Handelskrieg, der gerade eine „wichtige Wende“ erreicht hat, wie die BBC selbst schreibt.

Peter Caravan wird in der Akte kurz erwähnt, ein Biopharmazeut mit zwanzig Jahren Erfahrung. Unbeantwortet: Wie viele der 64 sind Pharmazeuten? Wie viele Klimaforscher? Wie viele stammen aus Disziplinen, die Ottawa strategisch entwickeln will? Die kanadische Regierung legt die Auswahlkriterien nicht offen. Sie legt die Herkunftsdisziplinen nicht offen. Sie legt offenbar vieles nicht offen, was diese Übung zu dem macht, was sie vermutlich tatsächlich ist: eine staatlich gesteuerte Akquise.

Wer profitiert? Die kanadischen Universitäten, die plötzlich über Talente verfügen, die sonst in Stanford, Berkeley, Harvard gearbeitet hätten. Die kanadische Regierung, die sich als Verteidigerin der Wissenschaft inszeniert. Und — die unbequeme Frage — die Forschenden selbst. Acht Millionen kanadische Dollar sind Bindung. Sie sind Vertrag. Sie sind acht Jahre, in denen diese Menschen nicht mehr in den USA forschen werden.

Was gewinnt Ottawa? Geopolitische Hebelkraft im Handelskrieg. Forschungskapazität in strategischen Feldern. Eine Erzählung, die Washington als Hort der Wissenschaftsfeindlichkeit dastehen lässt, während Ottawa die Fackel der Vernunft trägt.

Was verliert Washington? Nicht nur 48 Forscher. Es verliert die Netzwerke, die Verträge, die Drittmittel, die jetzt nach Ontario, nach Britisch-Kolumbien, nach Quebec gehen. Es verliert die nächsten Generationen von Studierenden, die jetzt in

Toronto promovieren werden statt in Ann Arbor.

Die BBC hat das Weiße Haus und das US-Bildungsministerium kontaktiert. Beide schweigen. Auch das ist eine Antwort.

Ich rauche meine Pfeife und denke über den Begriff „Poaching“ nach. Wildern. Auf Jagd gehen. Die Tiermetapher ist in der Wissenschaft angekommen und niemand findet sie anstößig. Vierundsechzig Mal hat Ottawa in diesem Sommer gewildert. Mit voller staatlicher Finanzierung, mit ministerieller Weihe, mit einem Programm, das im August 2026 erstmals sichtbar wird.

Offiziell heißt es: Rekrutierung für kanadische Universitäten. Inoffiziell könnte es heißen: strategische Übernahme kritischer Intellektueller aus einem rivalisierenden Staat. Beides schließt sich nicht aus.

Was passiert, wenn diese Forscher in acht Jahren wieder gehen wollen? Wohin gehen sie dann? In ein Land, das sie eingeladen hat? In ein Land, das sie wieder ausladen könnte? Die Verträge, die unterschrieben werden, sind das, was uns fehlt. Was bindet diese Forscher — und an wen?

1937 versprach die Wissenschaft Flugzeuge, die schneller sind als das Gewissen. 2026 verspricht sie Zufluchtsorte für diejenigen, deren Gewissen schneller ist als ihre Flugzeuge. Wer bezahlt diese Zuflucht — und wer prüft nach, ob das Gewissen noch dort ist, wenn der Aufnahmeakt vorbei ist?

Online: news-terminaltribune.info/artikel/A280830_2125_03025.html

MIGRATION & ASYL

Petros Bürgerkrieg: Warum ausgerechnet Avicii?

Marta Silber · 25. August · Dossier

Ich sitze in Wien. Unter dem Schreibtisch steht der kleine Koffer. Er steht da seit 2015.

In Cali haben kolumbianische Polizisten am Mittwoch einen Bus entschärft: sieben Zylinder Ammoniumnitrat, vierhundertzwanzig Kilogramm. Sieben versteckte Abschussrampen. Zwanzig Minuten vor der

Stadt, in der am Freitag Abelardo de la Espriella als Präsident vereidigt werden soll. Elftausend Polizisten sind postiert. Gesucht wird Jaime "Mad Max" Martínez, FARC-Kommandant. Kopfgeld: fünf-hundert Millionen Pesos. Die kolumbianische Justiz behandelt die Drohung ernst.

Am Montag hat Gustavo Petro die erwartete Pressekonferenz geliefert: Werde de la Espriella vereidigt, drohe Bürgerkrieg. Die Wahl sei gestohlen, ausländisches Geld, ausländische Finger, Israel habe manipuliert, weil der gewählte Kandidat versprochen habe, die diplomatischen Beziehungen nach Jerusalem wiederherzustellen. Beweise legt Petro seit Monaten nicht vor. Iván Cepeda, sein eigener Mann, hat die Niederlage bereits eingeräumt. Die Stichwahl am 21. Juni ging an de la Espriella. Internationale Beobachter feierten sie als eine der saubersten Wahlen, die Amerika je gesehen hat. Bernie Moreno, republikanischer Senator aus Ohio, war vor Ort und nannte das Verfahren lehrbuchwürdig. Petro brach sein Versprechen, beim Übergang zu helfen, reiste stattdessen nach Kuba — und kehrte mit der Bürgerkriegsdrohung zurück.

In diese Tage fällt ein Satz, der methodisch mehr verrät als jede Wahlbehauptung. Petro hat eine Verschwörungstheorie aufgeworfen, wonach der schwedische DJ Avicii 2018 ermordet worden sei, um Jeffrey Epstein zu schützen.

Ich muss innehalten.

Diese Behauptung ist nicht verifiziert. Sie ist nicht halbverifiziert. Sie ist Spekulation, geboren aus dem gleichen Reflex, mit dem Petro die kolumbianische Wahl dem Ausland zuschreibt. Avicii starb 2018. Die offiziellen Untersuchungsbehörden, die Familie, die forensischen Berichte benennen Suizid. Es gibt keine belegbare Verbindung zwischen DJ und Epstein-Komplex, der in New York und Miami sein gerichtlich dokumentiertes Eigenverbrechen hat. Was Petro hier betreibt, ist nicht Aufklärung. Es ist Nebel.

Warum bringt ein scheidender Präsident, der die katastrophalste sicherheitspolitische Bilanz einer linksgerichteten Regierung Kolumbiens zu verantworten hat, einen schwedischen DJ ins Spiel?

Die Antwort liegt nicht in Stockholm. Sie

liegt in den Zahlen der kolumbianischen Denkfabrik FIP. Unter Petros "Totaler Frieden"-Initiative sind die bewaffneten Gruppen um neunzig Prozent gewachsen. Der Clan del Golfo von 4.061 auf 12.268 Mitglieder. Die ELN plus zweiundzwanzig Prozent. Die "aufgelöste" FARC verteilt auf vier Fraktionen mit 10.424 Kämpfern. Insgesamt 28.802 Bewaffnete im Juli 2026, gegen 15.120 Ende 2022. Vierzehn gleichzeitige Konfliktszenarien. Erzwungene Binnenvertreibung auf Rekordniveau. Das, was bleibt von vier Jahren einer Politik, die verhandeln wollte, wo nur gerauft werden konnte.

Genau in diese Bilanz schneidet de la Espriellas angekündigte Migrationspolitik. Eine konservative Wende, Wiederanlehnung an Washington, Beendigung des "Totalen Friedens", harter Kurs gegen jene Strukturen. Petro weiß, dass diese Politik das Fundament seines Projekts angreift. Wenn de la Espriella am Freitag vereidigt wird, beginnt die Rechnung.

Die offene Frage: meint Petro mit "Bürgerkrieg" die Mobilisierung jener Gruppen, die er vier Jahre lang verhandelnd besänftigte? Oder die Straßen seiner Anhänger, deren Gewaltbereitschaft sich in den Juni-Unruhen zeigte? Cepeda hat verloren und akzeptiert. Petro hat nicht akzeptiert. Die Antwort bleibt offen — und genau diese Unschärfe ist Teil des Manövers.

Was mich beschäftigt, ist die Struktur dieses Manövers. Petro droht mit Bürgerkrieg, dessen Inhalt er nicht benennt. Petro verbreitet eine Avicii-Epstein-Verschwörung, deren Quellen er nicht nennt. Petro behauptet israelischen Wahlbetrug, dessen Beweise er schuldig bleibt. Immer dasselbe Muster: Eine konkrete politische Niederlage wird durch eine spekulative Erzählung überlagert. Die Zuhörer sollen nicht wissen, was am Freitag passiert — sondern dass überall Verschwörung ist.

Wer profitiert, bleibt offen. Petro selbst, mit seinem Rest an Anhängern — vermutlich. Die FARC-Fraktionen, deren Verhandlungspartner er war — vermutlich. Wer hinter dem Bus von Cali steht, ermitteln die Behörden. Der gesuchte Kommandant ist Martínez.

Warum ausgerechnet jetzt Avicii? Ich weiß es nicht. Ich weiß, dass Avicii seit acht Jah-

ren tot ist. Ich weiß, dass die Akte Epstein ihre eigene Dynamik hat. Ich weiß, dass das Timing verdächtig ist. Ich weiß, dass ein Präsident, der neunzig Prozent Wachstum bei bewaffneten Gruppen zu verantworten hat, jede Ablenkung braucht, die nicht bei den konkreten Zahlen bleibt.

Morgen ist Freitag. Ich schreibe aus Wien. Der Koffer bleibt unter dem Schreibtisch. Für alle Fälle.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260825_0454_02814.html

POLITIK & MACHT

Hände schütteln im Kreml. Das Kriegszimmer hebt ab

Vera Kastner · 26. August · Dossier

Im Senatssaal des Kreml, wo die Kronleuchter seit zwei Jahrhunderten dieselben Geschichten flüstern, trafen sich am Montag zwei Männer, deren Höflichkeit das Papier nicht wert ist, auf dem sie protokolliert wird. Wladimir Putin empfing Subrahmanyam Jaishankar. Man sprach über Handel, über Düngemittel, über Kernkraft, über das ehrgeizige Ziel von hundert Milliarden Dollar bilateralen Umsatzes bis 2030 — Zahlen so kühn, dass sie beinahe wieder bescheiden wirken. Mit Sergej Lawrow sprach man über bilaterale Zusammenarbeit, regionale Brennpunkte und globale Herausforderungen — wobei die "regionalen Brennpunkte" sich an einer Hand abzählen lassen und jeder von ihnen einen Namen trägt, den in diesem Saal niemand ausspricht; "globale Herausforderungen" aber verlangt in der Diplomatsprache jene Übersetzung, die kein Dolmetscher wörtlich liefern darf.

Putin ließ ausrichten, er freue sich, Narendra Modi beim SCO-Gipfel in Bischkek zu treffen, beim BRICS-Gipfel in Indien und beim alljährlichen bilateralen Gipfel, wann immer die Kalender es erlauben. Jaishankar überreichte eine persönliche Botschaft des Premierministers. Die Kommission für Handel, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Kultur tagte zum siebenundzwanzigsten Mal — man zählt mit in diesen Sälen, weil jedes Treffen ein Treuebeweis ist und jede Zahl ein kleiner Vertrag. Mit dem ersten stellvertretenden Ministerprä-

sidenten Denis Manturow verhandelte man über Marköffnung, über die Beseitigung tariflicher und nichttariflicher Barrieren, über ein wachsendes Ungleichgewicht im bilateralen Handel und über Zahlungsmechanismen, von denen man besser nicht zu laut spricht.

Dann, in diese Idylle hineingewoben wie eine Stickerei, die im falschen Licht ein anderes Muster zeigt: CIA-Direktor John Ratcliffe reiste nach Moskau. Die Reise kam überraschend. Überraschend wie ein Schuss in einem leeren Flur, überraschend wie ein Handschlag, den niemand fotografieren soll.

Nun die offene Frage, die nicht offen bleiben dürfte: Mit wem sprach Ratcliffe wirklich? Eine Quelle sagt: mit Putin. Eine andere: mit dem russischen Geheimdienst. Beide Versionen kursieren. Beide können nicht zugleich wahr sein. Eine davon ist Kulisse. Welche?

Der Kreml nannte die Gespräche "positiv". Das Wort hat in der russischen Verlautbarung die Halbwertszeit einer Frucht im Hochsommer. Es bedeutet: Wir haben euch empfangen. Es bedeutet nicht: Wir haben euch etwas gesagt. Es bedeutet erst recht nicht: Wir haben euch geglaubt.

Und dann, kurz darauf, gesichtet von Augen, die nicht genannt werden wollen: ein "Kriegszimmer" des US-Militärs, abgehoben von Washington. Die andere Quelle bestätigt es nicht. Natürlich nicht. Bestätigung ist die Schwester der Verantwortung, und Verantwortung will in solchen Stunden niemand übernehmen.

Man halte das Bild fest: Während Jaishankar und Manturow über Marköffnung und Tarifbarrieren verhandeln, während Putin den nächsten Termin mit Modi in die Zukunft zeichnet wie ein Architekt, der den Grundriss bereits kennt, bevor das Haus steht, sitzt ein amerikanischer Geheimdienstchef in einem Moskauer Salon und spricht mit jemandem, dessen Identität wir nicht kennen. Währenddessen rührt sich auf der anderen Seite des Atlantiks ein Apparat, dessen Name — Kriegszimmer — kein Eigenname ist, sondern ein Hinweis.

Die Struktur ist so alt wie die Verträge von Genf. Eine Vorderseite, gefüllt mit Handschlag und Handelszielen. Eine Rückseite,

auf der dieselben Hände andere Dinge unterzeichnen. Indien spricht von hundert Milliarden Dollar — eine Zahl, die weniger Prognose als frommer Wunsch ist. Die USA sprechen von positiven Gesprächen — und schicken, mit einer Geste, die an Höflichkeit grenzt, das Kriegszimmer hinterher.

Was wir wissen: zu wenig. Was wir ahnen: zu viel. Was wir verlangen, und zwar bis zur letzten Minute: eine präzise Antwort auf die Frage, wer in Moskau tatsächlich mit wem sprach — und was, in Gottes Namen, in Washington abhob.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260826_2104_02878.html

KRISEN & KONFLIKTE

FEIERSTUNDE IN KIEW, MONTAGEBAND FÜR MARSCHFLUGKÖRPER

Jack Morrison · 24. August · Dossier

Kiew, 24. August, früher Morgen. Regen hängt über dem Maidan wie nasser Stoff über einem Kleiderständer. Unten am Café summt die Espressomaschine, oben am Himmel summt etwas anderes, etwas mit Überschall. Die Luft riecht nach Kordit und nach dem Parfüm der Diplomatie — jener schweren, süßlichen Note, die man in Brüssel erfunden hat und in Kiew nur noch in Großpackungen kaufen kann.

Heute vor fünfunddreißig Jahren hat die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärt.

Heute vor viereinhalb Jahren hat Russland sie zertrümmert. Beide Daten stehen auf dem Programm. Dazwischen liegen fünfunddreißig Jahre Nation, viereinhalb Jahre Krieg, tausende Tote und eine Industrie, die aus dem Nichts aufgebaut wurde — nicht die, die Washington in jeder Sonntagsrede lobt, sondern die andere: die der Raketen und Abfangraketen, der Bauteile und Kabelbäume, der Zuliefererketten, die quer durch Frankreich, Großbritannien und das Baltikum laufen.

Man feiert.

Andy Burnham, neuer britischer Premier, ist zum ersten Mal international gereist — ausgerechnet nach Kiew. An seiner Seite,

wenn auch nur aus der Ferne: Antonio Costa, EU-Ratspräsident. Macron liefert aus Paris frisch zugesagte Abwehrraketen. Die "Koalition der Willigen" tagt, gemeinsam geleitet von London, Paris und Berlin — jener Formation, die inzwischen mehr nach einer Investment AG klingt als nach einer Wertegemeinschaft. In London hat man das Hauptquartier des Verteidigungsministeriums über Nacht in Blau und Gelb getaucht, die ukrainischen Farben, projiziert auf nassen Stein. Schöner Schein. Teurer Schein.

Was Burnham nach Kiew mitbringt, ist nicht nur ein Lächeln und ein Versprechen. Es ist ein Verwaltungsakt. Die britische Regierung autorisiert den Rüstungskonzern MBDA, "klassifizierte Informationen" zu Bauteilen der SCALP an Frankreich und die Ukraine weiterzugeben. Was im Klartext heißt: London lässt den Vorhang fallen, hinter dem bisher das Know-how für den Triebwerksbau, die Lenkungelektronik und die Gefechtsköpfe versteckt war. Die Franzosen dürfen, so die offizielle Lesart, ab sofort die ukrainische Endmontage vorbereiten. Lassen wir diese Lesart einen Moment auf der Zunge zergehen.

Die SCALP ist die frankophone Schwester des britischen Storm Shadow. Beide nutzen gemeinsame französisch-britische Technologie, beides westliche Premiumware, beides Waffen, die Großbritannien im Jahr 2023 als erster Staat an Kiew lieferte — für "defensive Zwecke", wie es aus der Downing Street heißt. Wer die Landkarte öffnet und die bisherigen Einsätze rekonstruiert, wird feststellen: "defensiv" ist eine Kategorie, die in Brüssel anders definiert wird als in Mariupol. Beides stimmt. Beides ist wahr. Beides gehört zum Handwerk.

Dazu gesellt sich "Project Brakestop", das britische Lieblingskind der Stunde: ein Programm zur raschen Entwicklung "kostengünstiger" weitreichender Angriffswaffen. Kostengünstig — wer die Rüstungsetats der letzten zwei Jahre kennt, weiß, dass das im britischen Ministerium bedeutet: Kosten sind explizit nicht das Thema. Macron hat am 22. August seinerseits neue Abfangraketen zugesagt. Patriot-Batterien, von denen Selenskyj sagt, sie reichten nicht. Selenskyj sagt das seit 2022.

Selenskyj wird es weiter sagen.

Derweil: russische ballistische Geschosse hämmern auf Kiew. In den letzten Wochen reißen sie Wohnblocks auf, töten sie Dutzende Zivilisten, heben die Opferzahlen auf das Niveau der ersten Invasionstage. Zehntausende drücken sich in die Metro, in Keller, in jeden Schacht, der tief genug ist. Selenskyj sendet öffentlich Hilferufe, jeden Morgen, fast so regelmäßig wie der Kaffee in meinem Redaktionsautomaten. Luftabwehr. Patriot. Mehr Patriot. Patriot ohne Ende. Unklar bleibt, wer in Washington sich gerade querlegt. Unklar bleibt auch, an welcher Stelle die Lieferketten reißen. Bekannt ist: die europäischen Hauptstädte reden viel, liefern langsam, und die Zeit, gemessen an Leichen, ist schneller.

Während Selenskyj um Patronen bittet, sitzt in London ein Premier, der seinen ersten Auftritt klug wählt — ein frontnahes Theater, eine moralische Bühne, ein Land, das feiert und blutet zugleich. Es ist der billigste Auftritt, den ein westlicher Regierungschef in diesem Jahr noch bekommen wird. "Russland soll an unserer Entschlossenheit nicht zweifeln", sagt Burnham vor seiner Ankunft. "Wir werden nicht nachgeben, bis es einen gerechten und dauerhaften Frieden gibt." Gerecht. Dauerhaft. Zwei Adjektive, die in dieser Frage mehr kosten als ein Marschflugkörper.

Die Diplomatie ist eingefroren. Russland fordert territoriale und politische Zugeständnisse, die Kiew als Kapitulation ablehnt — und zwar zu Recht, denn wer einmal kapituliert, wird ein zweites Mal überfallen, das lehrt die Geschichte von 2014 bis heute. Aber Frieren ist auch eine Position. Wer friert, hält Stillstand aus. Wer Stillstand aushält, dem läuft die Zeit davon — demografisch, militärisch, ökonomisch. Und wem die Zeit davonläuft, der kauft. Teurer.

Hier wird die Rechnung sichtbar, die in keiner Unabhängigkeitsfeier steht. Sie steht in den Auftragsbüchern von MBDA und seiner Subunternehmer, in den Mieten für die Montagehallen, die gerade in der Ukraine entstehen — auf einem Kontinent, der gleichzeitig Patriot-Batterien, Munition, Marschflugkörper, Abfangraketen und die zugehörige Logistik braucht, alles aus westlichen Quellen, alles

katalogisiert in Brüsseler Arbeitsgruppen, deren Namen kein Mensch kennt.

Unabhängigkeitstag 2026. Fünfunddreißig Jahre. Ein Premier, der sich illuminieren lässt. Ein Präsident, der jeden Morgen um Raketen bettelt. Ein Industriestandort, der entsteht. Eine Stadt, die sich in die Metro duckt. Ein Land, das feiert, weil es noch kann. Und eine Frage, die in keiner offiziellen Erklärung steht, weil sie niemand offiziell stellen will: Wenn der Preis der Freiheit die permanente Montage westlicher Waffen auf ukrainischem Boden ist — wer trägt diesen Preis, und wer kassiert die Marge?

Die ukrainische Regierung verkauft das als Souveränität. Die europäischen Regierungen verpacken es als Solidarität. Die Rüstungskonzerne bezeichnen es als Lieferung. In Wahrheit ist es ein Strukturprogramm: ein Land wird zum permanenten Abnehmer, ein anderer Kontinent zum permanenten Lieferanten, und die Frontlinie liefert die Bilder, die alles andere rechtfertigen. Was dabei herauskommt, ist nicht Unabhängigkeit. Was dabei herauskommt, ist eine sehr moderne, sehr europäische, sehr profitable Form der Abhängigkeit — jährlich verlängert, jedes Frühjahr aufmunitioniert, jeden Sommer neu gefeiert.

Fünfunddreißig Jahre. Man hätte gratulieren können. Stattdessen: Raketen, Telefonate, rote Teppiche, klassifizierte Bauteile. Und der Regen auf dem Maidan, der alles wäscht und nichts reinigt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260824_0854_02785.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

KUGELN IN SANTA CRUZ, ÖL IN CARACAS — WIE DIE DONROE-DOKTRIN FUNKTIONIERT

Ada Voss · 28. August · Dossier

Santa Cruz de la Sierra, 17. August, späte Stunde. Zwei Männer in Lieferkleidung treten an eine Frau vor einem Hotel. Drei Schüsse aus kürzester Distanz. Die Frau heißt Nadia Shirley Beller Delgado, 33, Anwältin, Aktivistin, vier Wochen

schwanger. Sie wirft sich zu Boden, stellt sich tot, überlebt. Die Überwachungskamera hält alles fest.

Am Morgen des 18. August wird Fernando Cerimedo am Flughafen Viru Viru verhaftet, auf der Flucht nach Buenos Aires. Cerimedo ist Mitbesitzer von La Derecha Diario, einem der lautesten digitalen Verstärker der extremen Rechten in Lateinamerika und Spanien. Er war Berater des argentinischen Präsidenten Javier Milei, ist Berater bolivianischer und weiterer Politiker der Region, darunter Boliviens Präsident Rodrigo Paz. The Economist nennt ihn Magas Mann in Lateinamerika, einen Architekten der rechten Verbindungen zu Trump.

Bei einer zerbrochenen Beziehung darf man nicht stehen bleiben. Wer die Drähte verfolgt, hört ein anderes Summen.

Cerimedo soll Beller gegenüber geprahlt haben, CIA-Agent zu sein. Die Beweise fehlen. Unklar bleibt, ob es Schutzbehauptung war oder ob etwas daran ist. Was bleibt: Ein Netzwerker, der Präsidenten berät, sitzt in einem Mordauftrag. Ein Mann, der die digitale Infrastruktur der extremen Rechten betreibt, hat Zugang zu Staatschefs. Das ist Verdrahtung, nicht Zufall.

Beller hatte Cerimedo öffentlich der Korruption und häuslicher Gewalt bezichtigt. Sie hatte Fotos von Verletzungen veröffentlicht, private Nachrichten dokumentiert. Wer eine solche Frau zum Schweigen bringen will, will mehr verbergen als eine zerstörte Beziehung. Die Frage, die kein Sender ausspricht: Welche Korruption? Welche Routen in welche Hauptstädte? Welche Aufträge in welche Ministerien?

Und hier beginnt das Öl zu riechen.

Die Trump-Administration steht kurz vor einem Deal über venezolanisches Öl, der die strategische Reserve der USA über Nacht verdoppeln könnte. Die Reserve ist auf einem 40-Jahres-Tief, aufgebraucht vom Vorgänger. Die Kriege im Iran und in der Ukraine drücken auf die Versorgung, die Preise. Die Felder, um die verhandelt wird, enthalten 90 Milliarden Barrel nachgewiesene Reserven. Früher verwalteten sie venezolanische Insider und chinesische Interessen. Nun soll eine US-Beteiligung her, im Gegenzug die Entwicklung durch

amerikanische Firmen, mehr Öleinnahmen für die Übergangsregierung in Caracas.

Trump hat über eine Beteiligung an venezolanischen Ölfeldern privat beraten, noch bevor er am 3. Januar die Festnahme von Nicolás Maduro durch Spezialkräfte autorisierte. Die Übergangsregierung in Caracas ist nach dem Raid gefügig. Wer nach einem solchen Eingriff die Kontrolle hat, wer die Übergangsregierung aufstellt, wer die Verträge vergibt — das ist die Donroe-Doktrin in Anwendung. Die Monroe-Doktrin, in Trump-Übersetzung: Hemisphäre unter Kontrolle, notfalls mit Gewalt.

Bolivien liefert in dieser Architektur das Personal, die Narrative, die digitale Lautsprecher der extremen Rechten. Cerimedo ist ein Knoten. Wenn ein solcher Knoten eine Aktivistin ausschalten lässt, die ihn der Korruption beschuldigt, dann wird ein Kabel gekappt. Information ist in einem Kontinent, dessen Führer über Nacht wechseln, das einzige Gegenmittel. Wer die Anwältinnen, Journalistinnen, Aktivistinnen ausschaltet, schaltet die Aufsicht aus.

Washington und Manhattan handeln am 27. August die Schlagzeilen über den Öl-Deal. Santa Cruz kommt nicht vor. Aber das eine ist ohne das andere nicht zu verstehen. Maduro in US-Gewahrsam, die Übergangsregierung folgsam, das Öl wechselt den Besitzer, die Strategische Reserve füllt sich, die Kriege in Iran und Ukraine liefern den Vorwand. Wer zahlt den Preis? Eine schwangere Anwältin auf einem Hotelparkplatz. Wer profitiert? Die Übergangsregierung, die amerikanischen Firmen, und jene Schattenmänner, die in keinem Vertrag stehen.

Die Drähte summen weiter. Was ich höre: Ein Kontinent wird umverdrahtet, und die Frauen, die dagegen sprechen, werden zur Kugel. Was ich nicht höre, und das sind die offenen Fragen: Welche Aufsicht über die Übergangsregierung in Caracas besteht, wenn die Verträge unterzeichnet werden? Welche Garantie, dass die Kontrolle nicht in zwölf Monaten an einen anderen Schattenmann wandert? Welche Konsequenz hat es, dass ein Cerimedo in den Korridoren verkehren durfte, dessen mögliche CIA-Verbindung weder bewie-

sen noch ausgeschlossen ist?

Wer das Öl kontrolliert, kontrolliert die Regierungen. Wer die Regierungen kontrolliert, kontrolliert die Überwachung. Wer die Überwachung kontrolliert, bestimmt, welche Kameras was aufzeichnen — und welche Aufzeichnungen verschwinden. Das ist der TECH-Kern dieser Doktrin: nicht die Waffe, sondern die Leitung.

Ada Voss hört auf den Frequenzen. Die Sendung ist offen, die Störung ist Dauerzustand.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260828_0051_02897.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Die siebzehn Felder, die niemand besitzen darf

Ezra Wolff · 30. August · Dossier

In Houston weiß man, wie man Zahlen zu Geschichten schmiedet. Washington weiß, wie man sie zu Gesetzen macht. Caracas weiß vor allem, daß die Reihenfolge wichtig ist: erst die Entführung eines Präsidenten im Januar, dann eine Übergangsregierung aus den Köpfen desselben Regimes, dann — jetzt — ein Deal über die größten Erdölreserven der Welt. 303 Milliarden Barrel stehen im Boden Venezuelas. Saudi-Arabien hält 268, der Iran 208. Diese Zahl hat noch nie jemanden arm gemacht. Sie ist ein Versprechen. Jetzt soll sie eingelöst werden.

Reuters meldet am Donnerstag, was das Wall Street Journal tags darauf mit Volumina unterlegt: 90 Milliarden Barrel, fast ein Drittel der nationalen Reserven. Siebzehn Felder, zwischen Orinoco-Gürtel und Maracaibo-See aufgeteilt — grüne, unerschlossene, und reife, in denen seit Jahrzehnten gepumpt wird. In einigen dieser reifen Felder sitzt heute eine kleine chinesische Firma, deren Vertrag noch aus der Maduro-Ära stammt. Der Vertrag soll offenbar weg.

Die Quelle, die Reuters zitiert, sagt: "Dies ist real und wird auf höchster Ebene diskutiert." Eine andere Quelle sagt, das juristische Modell sei eine "Lease" — eine Pacht. Bloomberg legt nach: eine Pacht über hundert Jahre. Axios nennt den Deal ein "legacy-defining moment" für Trump. Ein

anonymer US-Beamter, wie Axios schreibt: "Groß wäre eine Untertreibung. Es ist massiv."

Man muß diese Sätze langsam lesen. Sie sagen nicht, was sie zu sagen vorgeben. Sie sagen: Wir nehmen es. Und sie sagen es in einem Ton, der das Nicken schon voraussetzt, bevor die Frage gestellt wird. Denn die Frage wird nicht gestellt. Sie ist verfassungsrechtlich tabu. Das aktuelle Kohlenwasserstoff-Gesetz Venezuelas kennt keine Acreage-Leases für Ölgebiete — die Verfassung behält die Kernrätigkeit der Industrie dem Staat vor. Was die jüngst reformierte Gesetzgebung erlaubt, sind Joint Ventures und Production-Sharing-Verträge. Eine Lease über hundert Jahre ist beides nicht. Sie ist eine andere Sprache — die Sprache der texanischen Landnahme, der Homestead-Acts, der Eisenbahnen, die 1865 quer durch das Land gelegt wurden, unter dem Versprechen, das Land gehöre niemandem, also gehöre es dem, der es urbar macht.

Wer hat das venezolanische Öl "urbar" gemacht? Die Bohrtürme stehen seit den zwanziger Jahren. Die mexikanische Ölarbeitergewerkschaft hat 1938 gegen die ausländischen Konzerne gestreikt. Oder ist das Land herrenloses Niemandsland, das auf den weißen Pflug des amerikanischen Kapitals wartet?

Die Übergangsregierung in Caracas sagt keinen Ton. Ölministerin Paula Henao war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. PDVSA, der Staatskonzern, schwieg. Das Weiße Haus verwies an das Energieministerium, das ebenfalls schwieg. Die Stille ist lauter als jede Pressekonferenz. Sie sagt: Wir reden nicht über Verträge, die noch nicht unterschrieben sind. Sie sagt auch: Wir reden nicht über Verträge, die sich nicht verteidigen lassen.

Was sich verteidigen läßt, ist die interimistische Regierung selbst. Präsidentin Delcy Rodríguez war Maduros Vizepräsidentin und Ölministerin. Innenminister Diosdado Cabello trägt ein Kopfgeld von 25 Millionen Dollar auf seinem Kopf — ausgesetzt von den Vereinigten Staaten wegen angeblichen Drogenhandels. Er sitzt weiter im Amt. María Corina Machado, die mutmaßliche Wahlsiegerin von 2024, ist im Exil. Die echte Opposition schweigt — oder wird gehört, aber

nicht gehört.

Die Opposition, die nicht schweigt, spricht eine deutliche Sprache. Ein namentlich nicht genanntes Oppositionsmitglied zum Guardian: "Es ist ein Land-Grab. Ein massiver Land-Grab." Weiter: "Das ist nicht die Vereinigten Staaten, die man erwartet hätte. Das sind räuberische, mafiotische Vereinigte Staaten." Die Vokabeln, die jetzt fallen — prädatorisch, verfassungswidrig — fallen auf beiden Seiten der venezolanischen Innenpolitik. Auch jene, die Maduro treu waren, können nicht übersehen, daß "ihr" Öl gegen einen Handschlag veräußert werden soll, dessen juristisches Kleid noch nicht einmal geschneidert ist.

Caracas erwägt den Austritt aus der OPEC, meldet Bloomberg. Venezuela war 1960 Gründungsmitglied. Es hat seine Quoten seit Jahren nicht erfüllt — wegen Vernachlässigung und Korrosion der staatlichen Industrie. Aber jetzt, da es näher an Washington rückt, will es auch formal aus dem Kartell der Förderländer austreten. Es ist der gleiche Mechanismus wie 1973 in umgekehrter Richtung: Damals nutzte Washington Riad, um Moskau zu ärgern. Heute nutzt Washington Caracas, um Riad zu ärgern.

Die Liste von siebzehn Feldern ist der Hebel. Wer sie kontrolliert, kontrolliert die Weltmarktpreise der nächsten Jahrzehnte. Wer sie kontrolliert, hat ein Druckmittel gegen jeden anderen Schuldnerstaat in Lateinamerika. Wer sie kontrolliert, hat ein Druckmittel gegen Peking — denn die kleine chinesische Firma, die noch in Maracaibo bohrt, ist kein chinesischer Bauer auf eigenem Acker. Sie ist Stellvertreter eines Staates, der gerade aus seiner zweiten Hemisphäre verdrängt wird.

Energieminister Chris Wright will in der kommenden Woche nach Caracas reisen. Wright ist ein Mann der Ölindustrie — ehemaliger Chef von Liberty Oil, einer Fracking-Firma. Sein Lebenslauf ist die Biographie dieser Übernahme: ein Mann, der aus dem Fels das Gas holt und nun beauftragt wird, aus einem Staat das Öl zu holen.

Was bleibt offen? Wer den Vertrag auf amerikanischer Seite unterschreibt — die Regierung oder ein Konsortium. Welche

Firmen zum Zuge kommen. Ob die Lease-Klausel vor dem Obersten Gerichtshof Venezuelas Bestand hätte. Ob die Fristen — hundert Jahre — in einer einzigen Legislaturperiode abgesichert werden können. Ob die Einnahmen in Caracas ankommen oder in Houston. Ob der nächste amerikanische Präsident diesen Vertrag kippt, wie Roosevelt in den dreißiger Jahren die Goldklausel.

Soviel ist sicher: 90 Milliarden Barrel verschwinden nicht in einer Pressekonferenz. Sie verschwinden in Prospekten, in Verträgen, in den Tresoren von Kanzleien, die in London, Houston und Dubai ihre Briefkastenfirmen verwalten. Sie verschwinden langsam. Wie der Rauch aus einer Pfeife.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260830_0453_02995.html

ENERGIE & KLIMA

Im Schatten der Chips: Wer den KI-Hunger Indiens bezahlen muss

Jack Hollis · 27. August · Dossier

Mumbai. Bangalore. Coimbatore. Drei Städte, die heute klingen wie Bohrtürme in Texas, damals, in den Dreißigern. Nur dass das schwarze Gold jetzt Strom heißt. Und Wasser. Und Silizium.

Fractal Analytics hat eine eigene Indiensparte gegründet. Cogentiq heißt das Produkt. Klingt nach Zahncreme, ist aber agentic AI für Konzerne. Srikanth Velamakanni, Co-founder und Group CEO, spricht von einem inflection point, einem Wendepunkt. Sandeep Dutta, Chief Practice Officer, assistiert: indische Unternehmen wollten über Pilots hinaus scale. Heißt übersetzt: Das Geld fließt jetzt ernsthaft.

Aber lies die Zahlen. Fractal macht zwischen 500 und 750 Millionen Dollar Umsatz im Jahr. Indien liefert davon etwa zehn Prozent. Das klingt nach wenig. Ist es auch. Was nicht nach wenig klingt: Gradient, Wasseraufbereiter aus Woburn, Massachusetts, gegründet 2013 von MIT-Forschern, erwartet, dass sich das Indiensgeschäft im nächsten Jahr verdoppelt. Verdoppelt, getrieben von Halbleiter und Solar. Fractal steht mit seiner neuen BU

genau in demselben Wind.

Gradiant baut Anlagen für Ultrapure Water und Wasserrecycling, das Lebenselixier jeder Chip-Fabrik. COO Govind Alagappan sagt ungewöhnlich offen, was sonst verschwiegen wird: It is not about getting more orders. It is how do I convert that order and execute them and create that capacity and capability. Auf deutsch: Die Aufträge sind da. Die Leute nicht. Die Kraft nicht. Die Zeit nicht.

Globaler Order Book: fast eine Milliarde Dollar. Lieferzeiten: neun bis zwölf Monate. Bei Solar und Datenzentren weniger als achtzehn Monate vom Erstgespräch bis zur Übergabe. Gradiant arbeitet an zwei der größten Halbleiter-Wasseraufbereitungen Indiens. Welche Kunden das sind, wird nicht gesagt. Klar. Wer die Rechnung bekommt, bleibt im Schatten.

Und dann Nvidia. Der Konzern, der die Chips baut, mit denen diese KI überhaupt erst läuft. Umsatz: 96 Milliarden Dollar. Mehr als verdoppelt. Die Datenzentrums-sparte allein wuchs um 117 Prozent. Schreiben Sie das einmal hin. Einhundert-siebzehn. Dann nochmal. Dann glauben Sie es immer noch nicht.

Was mich nicht loslässt: Niemand fragt, woher der Strom kommt.

Ich hab in Texas auf den Ölfeldern gearbeitet. Ich weiß, wie eine Pipeline riecht, wenn sie undicht ist. Ich weiß, welche Männer reich werden, ohne je Öl an den Händen gehabt zu haben. Heute sehe ich dasselbe Spiel, nur dass die Pipeline jetzt Daten heißt. Die Bohrtürme sind Rechenzentren. Das schwarze Gold ist die Kilowattstunde. Und ich trinke Bier statt Bourbon. Aus Prinzip.

Fractal verdient an der KI. Gradiant verdient am Wasser. Nvidia verdient an den Chips. Aber kein einziger dieser Konzerne baut Kraftwerke. Keiner baut Übertragungsnetze. Keiner steht für die dunklen Stunden gerade, in denen das Netz wankt. Sie kassieren den Hunger. Sie bezahlen nicht die Rechnung.

Gradiant sagt es selbst, ganz nebenbei: large-scale investments in the sector have yet to fully materialise in India. Die großen Datenzentrum-Investitionen in Indien

sind noch nicht einmal da. Aber sie kommen. Und wenn sie kommen, brauchen sie Strom im Industriemaßstab, Wasser im Ultrapure-Maßstab, Kühlung rund um die Uhr. Indien hat heute schon eines der fragilsten Stromnetze der Welt.

Was hier entsteht, ist kein Geschäftsmodell. Das ist das elektrische Herzstück der nächsten Weltwirtschaft. Und es wird in Pressemitteilungen gebaut, die kein einziges Wort über Megawatt verlieren.

Die offene Frage steht im Raum, und sie ist nicht klein: Wer versorgt diese Rechenzentren, wenn der Strom knapp wird? Wer bezahlt den Ausbau? Und wer kassiert dann den Preis, wenn die Knappheit kommt? In Texas hab ich gelernt, wer die Pipeline besitzt, besitzt die Zukunft. In Indien wird gerade entschieden, wer die Stromleitung besitzt. Und über diese Besitzer schweigen die Pressemitteilungen. Genau wie damals.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260827_1303_02894.html

MIGRATION & ASYL

200.000 Stempel fallen – und kein Gesetz, das sie trägt

Marta Silber · 26. August · Dossier

Wien, ein Donnerstag im August 2026. In meinem Kopf bleibt ein Bild aus den Verfahren, die ich begleitet habe: ein Mann, der mir den Stempel in seinem Reisepass zeigte wie andere Menschen Familienfotos zeigen. B1/B2. Business/Tourist. Darunter, in einer anderen Tinte, das Datum seines Asylantrags. Er dachte, das eine schütze das andere. Er dachte, das Recht sei kohärent.

Es ist nicht kohärent.

Das State Department bereitet die größte Massen-Entwertung von Visa-Stempeln in der Geschichte der Vereinigten Staaten vor. Bis zu 200.000 B1- und B2-Visa, ausgestellt zwischen 2016 und 2026, sollen widerrufen werden. Adressaten: Menschen, die in den USA Asyl beantragt haben oder beantragen. Koordiniert mit dem Department of Homeland Security.

Tommy Pigott, Sprecher des State Department, hat es bestätigt – in jenem Tonfall,

in dem Beamte Morde in Verwaltungssprache übersetzen.

"We are coordinating with DHS to identify and revoke the nonimmigrant visas of foreigners who have come to the United States claiming to be short-term visitors, but then file for asylum to stay here permanently."

Claiming to be. Beachten Sie das Verb. Behaupten, Kurzzeitbesucher zu sein. Als wäre Asyl ein Trick. Als wäre das Recht auf Schutz ein Verstoß gegen die Visakategorie. Deputy Secretary Christopher Landau hat nachgelegt, am Montag, auf X, in einem Land, das gerade andere Länder für ihre Tweets maßregelt: "Asylum isn't supposed to be a loophole to circumvent immigration law." Schlupfloch. Eine Schutzbestimmung wird zur Schmuggelware erklärt. Wer das schreibt, hat seine Karriere nicht mit Asylverfahren verdient – er hat sie mit deren Abschaffung verdient.

Hier beginnt die Akte, die ich seit Tagen offen liegen habe.

Die Zahl 200.000 ist eine Schätzung nach unten. Pigott selbst sagt es, in seiner eigenen, glatten Sprache: "The number of revocations remains dynamic and will be done on a rolling basis." Dynamisch. Rollend. Eine Zahl, die sich bewegt wie Quecksilber auf einem Tisch – Sie können sie nicht festhalten, Sie können nur zuschauen, wie sie wächst. Zwei anonyme Beamte bestätigen die internen Dokumente, die der Associated Press vorliegen. Anonym. Immer anonym. Die Maschinerie braucht keine Namen, nur Aktenzeichen.

Zehn Jahre. 2016 bis 2026. Ein Jahrzehnt legaler Aufenthalt, legaler Stempel, legaler Transit – soll im Nachhinein zu einem Akt der Täuschung umgeschrieben werden. Die Betroffenen haben ihre Pässe vorgezeigt. Sie haben biometrische Daten abgegeben. Sie haben Formulare unterschrieben, deren Kleingedrucktes sie nicht lasen, weil niemand ahnen konnte, dass die USA später ihre eigene Definition von Aufenthalt umschreiben würden. Rückwirkend. Massenhaft. Ohne dass ein Gericht dem zugestimmt hat.

Die rechtliche Basis – und hier sitzt der faulste Punkt der ganzen Operation –

bleibt ungeklärt. Welcher Paragraph? Welche Exekutivverordnung? Welches Bundesgesetz erlaubt die rückwirkende Entwertung von Visa, die nach damals gültigem Recht ausgestellt wurden? Die Beamten schweigen. Die Bekanntmachung soll in den kommenden Wochen erfolgen – aber die Rechtsgrundlage, auf der sie ruhen soll, ist in den vorliegenden Dokumenten nicht benannt. Das ist kein Verwaltungsakt. Das ist eine Lücke, durch die 200.000 Menschen fallen können.

Unmittelbare Abschiebung? Wohl nicht, sagt das State Department. Die meisten würden "reklassifiziert". Ein schönes Wort für: Wir nehmen dir die Kategorie, in der du sichtbar warst. Sie verlieren ihren Status als Geschäfts- oder Touristenreisende. Was sie dafür bekommen? Eine Grauzone. Ein Asylverfahren ohne das touristische Standbein darunter. Hängen zwischen Stempel und Paragraph, zwischen der Heimat, die sie nicht mehr haben, und der Aufenthaltserlaubnis, die sie nicht mehr besitzen.

Legal challenges expected. So steht es in den Berichten. So steht es da, als wäre es eine Naturkatastrophe, als hätten Gerichte schon ihre Agenda. Aber wer wird klagen? Welche Kanzlei vertritt 200.000 Mandanten über vier Kontinente? ACLU, die großen Migrations-NGOs – sie werden sich einzelne Fälle herauspicken. Symbolische Prozesse. Der Rest fällt durch die Maschen.

Und da ist die zweite Frage, leiser, fast unhörbar: Wer profitiert? Die Antwort steht nicht in den Dokumenten. Sie steht in der Architektur. Tom Homan, selbsternannter "Border Czar", sagt in diesen Tagen: "We've got to clean house." Clean house. Ein Haus wird nicht von Bewohnern gereinigt – ein Haus wird von Bewohnern geleert. Wer laufende Asylverfahren in revidierte Visa-Status umschreibt, schreibt das Argument um: Es war nie Schutz, es war Missbrauch. Die Erzählung wird vor dem Urteil gesprochen.

Was ich nicht weiß, und was die Akte mir schuldig bleibt: Wie viele dieser 200.000 sind Familien mit Kindern in US-Schulen? Wie viele haben seit 2016 amerikanische Steuererklärungen abgegeben, Sozialversicherungsbeiträge gezahlt, Krankenversicherungen bezahlt? Wie viele haben Ge-

schwister mit US-Pass? Wie viele werden gerade in dieser Sekunde einen Brief erhalten, der ihnen sagt: Dein Stempel ist ungültig. Dein Leben daneben auch.

Pigott sagt "rolling basis". Das ist die Formulierung für ein Programm ohne Ende. Eine Annullierung als Dauerzustand. Eine Vertreibung als Fließband.

Ich schaue auf den Koffer unter meinem Schreibtisch. Nicht weil ich gehe. Sondern weil ich weiß, was in solchen Koffern transportiert wird: Dokumente. Übersetzungen. Fotos. Die Spuren von Menschen, die keine Aktenzeichen sein wollten.

Und ich höre, ganz leise, eine Frage, die niemand stellt: Wenn die Vereinigten Staaten – das Land, das 1938 die Konferenz von Évian boykottierte, das 2016 noch Flüchtlinge empfangt, das 2026 seine eigenen Stempel für ungültig erklärt – wenn dieses Land 200.000 Stempel zurücknimmt, ohne ein Gesetz zu nennen, das sie trägt: Was bleibt dann vom Begriff Asyl, außer einem Wort in einem Formular, das niemand mehr ernst nimmt?

Die Akte bleibt offen. Sie ist es jetzt schon.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260826_2055_02873.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 30. August 2026 von selbst. Aus 429 Stücken der Woche vom 24.–30. August 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert und redaktionell verantwortet. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.